

Starnberg

Zwangspause bis zum Bürgerentscheid

Die Gemeinde Gauting stimmt am 15. April über den Bau eines Wohn- und Geschäftshauses an der Bahnhofstraße ab

Gauting – In knapp drei Monaten steht fest, ob die Firma Sontowski das geplante Wohn- und Geschäftshaus an der Bahnhofstraße in Gauting bauen darf. Bis zu dem vom Gemeinderat am Dienstagabend beschlossenen Bürgerentscheid am Sonntag, 15. April, tritt eine Zwangspause ein: Bis dahin dürfen keine Entscheidungen fallen, die den Zielen des Bürgerbegehrens widersprechen, heißt es in der bayerischen Gemeindeordnung. Das Votum über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens gegen das Bauvorhaben war einstimmig. Mit großer Mehrheit wurde zugleich ein Ratsbegehren für das Projekt beschlossen.

Was steht zur Abstimmung?

Zwei Fragen mit gegensätzlichen Zielen liegen beim Bürgerentscheid vor. Die Formulierung des Begehrens mit dem Motto „Keine Baukolosse in Gauting“ lautet: „Befürworten Sie, dass die Verabschiedung des ausgelegten Bebauungsplans (Nr. 182/Gauting) für das alte Grundschulareal an der Bahnhofstraße sowie die 46. Änderung des Flächennutzungsplans nicht durchgeführt und diese derzeit vorliegende Planung nicht weiter verfolgt wird?“ Beim Ratsbegehren lautet die Frage: „Sind Sie dafür, dass die aktuelle Planung (Bplan Nr. 182) auf dem ehemaligen Grundschulareal von der Gemeinde Gauting umgesetzt wird, damit ein dringend benötigtes Wohn- und Geschäftshaus mit Edeka-Markt, dm-Drogerie, Flächen für Arztpraxen und für 60 neue Wohnungen entstehen kann?“

Für die theoretisch mögliche Variante, dass beide Fragen eine Mehrheit fänden, gibt es eine Stichfrage. Für den Entscheid sucht die Gemeinde bereits Wahlhelfer.

Wie steht der Gemeinderat dazu?

Die überwiegende Mehrheit steht zu der Planung. Das wurde schon in einer gemein-

samen Erklärung deutlich, am Dienstag nochmals im Abstimmungsverhalten. Eine 17:5-Mehrheit spricht sich für das Ratsbegehren aus. Dagegen sind die Grünen Heinrich Moser, Beatrice Cosmovici und Jens Rindermann sowie SPD-Gemeinderätin Petra Neugebauer. Britta Hundesrügge (FDP) hält das Ratsbegehren zwar generell für sinnvoll, kann sich aber mit der darin formulierten Zielsetzung nicht identifizieren. Ein Vorschlag der Grünen, einen runden Tisch einzuberufen, um die Situation zu befrieden, wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die Haupt-Kritikpunkte

Die Gegner befürchten zusätzliche Verkehrsprobleme, empfinden den Neubau als zu wuchtig und bedauern, dass viele Bäume gefällt werden müssen. Nach Dar-

stellung der Gemeinde nimmt der Verkehr dank zentral gelegener Läden ab. Der Neubau werde nur eineinhalb Meter höher als das im Sommer abgerissene Schulhaus.

Was passiert bei Ablehnung?

Dagibt es unterschiedliche Ansichten. Vertreter von „Gauting aktiv“ bezweifelt, dass sich Sontowski gleich zurückziehen würde und sind der Ansicht, dass sich leicht ein anderer Investor fände, der dann eine Planung verwirklicht, die eher ihren Vorstellungen entspräche. Bürgermeisterin Brigitte Kössinger dagegen warnt vor Stillstand und finanziellen Folgen: Der Kaufpreis für das Grundstück von neun Millionen Euro müsse zurückbezahlt werden. Die geplante Sanierung des Schwimmbads stünde in Frage, Zuschüsse für Bosco und Vereine müssten gekürzt werden.

Wenn das Ratsbegehren kommt?

Dann könnte der Neubau in der Bahnhofstraße Ende nächsten Jahres stehen.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Debatte über den umstrittenen Neubau geht unvermindert weiter. Sowohl Gegner („Gauting aktiv“) als auch Befürworter („Bürgeroffensive Zukunft Gauting“) betreiben eine Art Wahlkampf und kündigen Infoveranstaltungen an. Die Gemeinde hat ein achtseitiges Informationsblatt drucken lassen, das an alle Haushalte verteilt wird. Zudem suchen auch Mitglieder der Geschäftsführung der Firma Sontowski am Donnerstag, 25. Januar (16 bis 20 Uhr) in der ehemaligen Pizzeria im Bahnhofgebäude wieder das Gespräch mit Gautings Bürgern.

MICHAEL BERZL



Groß war das Interesse am Dienstagabend an der Debatte im Gautinger Gemeinderat über den Bürgerentscheid zum geplanten Wohn- und Geschäftshaus (re.), das in der Bahnhofstraße entstehen soll. In drei Monaten haben die Bürger die Wahl. Bis dahin wollen Gegner und Befürworter des Projektes weiter informieren.



FOTOS: NILA THIEL/GEORGINE TREYBAL